

GROSSER RAT

GR.16.5-1

VORSTOSS

Postulat Tanja Suter, SVP, Gipf-Oberfrick (Sprecherin), Regina Lehmann-Wälchli, SVP, Reitnau, Christian Glur, SVP, Murgenthal, Christoph Riner, SVP, Zeihen, Kathrin Hasler, SVP, Hellikon, Daniel Wehrli, SVP, Küttigen, Martin Steinacher-Eckert, CVP, Gansingen, Rolf Haller, EDU, Zetzwil, Uriel Seibert, EVP, Schlossrued, Severin Lüscher, Grüne, Schöffland, vom 5. Januar 2016 betreffend Moratorium für Schliessungen von Serealstandorten bis Schuljahr 2020/21

Text:

Bis zum Schuljahr 2020/21 sollen keine Serealstandorte geschlossen werden. Der § 21a im Schulgesetz soll gestrichen oder bei allen Schulen gleich angewandt werden.

Begründung:

Durch die Entlastungsmassnahme E16-310-2 wird die Mindestschülerzahl an der Realschule von 11 auf 13 und an der Sekundarschule von 13 auf 15 erhöht.

Dies hat für verschiedene Oberstufenstandorte gravierende Folgen, es geht soweit, dass Oberstufenzentren geschlossen werden müssen.

Es besteht bereits die Regelung, dass ein Oberstufenstandort sechs Abteilungen führen muss, die Mehrklassigkeit an der Oberstufe wurde per Gesetz abgeschafft. Die Regierung will zwar zukünftig Mehrklassigkeit an der Real- und Sekundarschule gewähren, dies jedoch nur dort wo keine Schliessung wegen zu kleinen Klassen ansteht. – Diese Begründung scheint uns fragwürdig.

Der Paragraph 21a im Schulgesetz müsste gestrichen werden, dass die Schulen, wenn sie wollen, mehrklassige Abteilungen führen können.

Die Anzahl der Serealstandorte wurde schon mit Regos reduziert. Bereits heute können viele Serealschüler die Oberstufe nicht mehr in ihrer Wohngemeinde besuchen. Mit der geplanten Erhöhung der Schülerzahlen würde der Schulweg für noch mehr Schüler länger. Dies bedeutet auch mehr Kosten für die Gemeinden, wenn sie neu auch den längeren Schulweg für die Schüler tragen müssen. Auch aus Sicht der Schüler ergeben sich Nachteile durch längere Reise- und Wartezeiten, was sich wiederum negativ auf ihre Zeit für Sportaktivitäten, Musik und Hausaufgaben auswirkt.

In vielen Gemeinden wurde in den letzten Jahren für Sereal Schulraum geschaffen. Die Gemeinden haben diesen Schulraum zum Teil noch nicht amortisiert und stehen schon vor der Frage, was sie mit den leerstehenden Schulräumen tun sollen.

Für die Gemeinden ergibt sich durch den Verlust des Oberstufenzentrums keine Kosteneinsparung. Im Gegenteil, sie müssen den von den Oberstufenzentren in Rechnung gestellte Betrag bezahlen und haben nur noch sehr begrenzt Einfluss auf das Schulbudget.

Für den Kanton ergeben sich nur minimale Kosteneinsparungen, wenn durch die Erhöhung der Schülerzahlen an der Real- und Sekundarschule die kleineren Standorte geschlossen werden und dadurch am grossen Standort mehr Klassen bewilligt werden müssen.

Die Erhöhung der Schülerzahlen an der Real- und Sekundarschule ist wieder einmal mehr eine Schwächung der ländlichen Regionen. Die Schulgelder fehlen, sie fliessen in grössere Gemeinden und die kleineren Gemeinden verlieren an Attraktivität.

Dem AFP ist zu entnehmen, dass die Schülerzahlen an der Volksschule steigen werden (2015: 71'202, 2019: 75'550). Es macht also keinen Sinn jetzt Schulen zu schliessen und auf der anderen Seite das Risiko einzugehen, dass die Oberstufenzentren in wenigen Jahren wieder neuen Schulraum erstellen müssen.

Die Schulraumplanung einer Gemeinde erstreckt sich auf mehr als nur ein Jahr. So ist es unverantwortlich, wenn der Kanton die Bedingungen für Serealstandorte ohne Vorankündigung ändert. Die Gemeinden brauchen ein paar Jahre Vorlauf, dass sie sich mit der Schulraumplanung auseinandersetzen können, um Varianten für die Umnutzung des vorhandenen Schulraums zu prüfen.

Wenn das BKS die Serealzentren redimensionieren will, soll dies mit einem Konzept geschehen. Das ist keine Angelegenheit, die als Entlastungsmassnahme in einem AFP entschieden werden soll. Die Massnahme ist vergleichbar mit der Verschiebung von Englisch auf die 4. oder 5. Klasse der Primarschule. Auch bei dieser Massnahme wurde der Regierungsrat aufgefordert ein Konzept darzulegen, weil es sich auch um eine Änderung der Strategie und nicht um eine einfache Sparmassnahme handelt.

Aus den genannten Gründen sollen bis zum Schuljahr 2020/21 keine Serealstandorte geschlossen werden.

Mitunterzeichnet von 19 Ratsmitgliedern